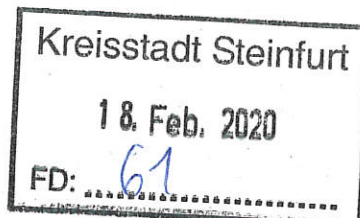


I/03



Bezirksregierung Münster • 48128 Münster

Kreisstadt Steinfurt
Frau Schnieder
Postfach 24 80
48553 Steinfurt



Nachrichtlich per Email
an den Landrat des Kreises Steinfurt

10.02.2020
Seite 1 von 3

Aktenzeichen:
32.02.566084-005/2020.0001

Auskunft erteilt:
Ulrike Freßmann

Durchwahl:
+49 (0)251 411-1774
Telefax:
+49 (0)251 411-81774

Raum: 222

E-Mail:
ulrike.fressmann
@brms.nrw.de

80. Änderung des Flächennutzungsplanes im Bereich der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 72 „Biogasanlage Hollich“ der Kreisstadt Steinfurt, Stadtteil Burgsteinfurt
Benachrichtigung gem. § 4 (1) BauGB

Ihr Schreiben vom 06.01.2020, Az.: 61/Sb

Sehr geehrte Frau Schnieder,

die vorhandene Biogasanlage wird seit 2005 betrieben und wurde 2014 mit Feststellung des 72. Bebauungsplans aus der ehemaligen bauplanungsrechtlichen Privilegierung genommen und im Flächennutzungsplan als Sonderbaufläche „Biogasanlage“ für die max. Erzeugung von Biogas von 14 Mio. Normkubikmeter / Jahr und einer max. Lagerung von Biogas auf dem Betriebsgelände von 9 950 kg festgesetzt. Nunmehr soll die Anlage zur Erfüllung aktueller rechtlicher Vorgaben um ein weiteres Gärrestlager ergänzt werden. Die genehmigte Menge der Einsatzstoffe von 47.000 t sowie der Betrieb der Anlage und die produzierte Gasmenge bleiben unverändert.

Im FNP ist derzeit festgelegt, dass eine maximale Lagermenge von 9.950 kg Biogas einzuhalten ist. Durch den Bau eines zusätzlichen Gärrestlagers wird diese Lagermenge überschritten werden. Die im FNP dargestellte maximale Lagerungsmenge von 9.950 kg Biogas auf dem Betriebsgelände soll auf eine maximale Menge von 40.000 kg Biogas geändert werden. Der Geltungsbereich hat eine Gesamtgröße von 24.865 qm. Hier finden keine Änderungen statt.

Durch die Überschreitung der nach der 12. Verordnung zum Bundes Immissionsschutzgesetz (12. BImSchV, Störfallverordnung) geltenden

Dienstgebäude und
Lieferanschrift:

Domplatz 1-3
48143 Münster
Telefon: +49 (0)251 411-0
Telefax: +49 (0)251 411-2525
Poststelle@brms.nrw.de
www.brms.nrw.de

ÖPNV - Haltestellen:

Domplatz: Linien 1, 2, 4, 9,
10, 11, 12, 13, 14, 22
Bezirksregierung II:
(Albrecht-Thaer-Str. 9)
Linie 17

Grünes Umweltschutztelefon:
+49 (0)251 411 – 3300

Konto der Landeshauptkasse:
Landesbank Hessen-
Thüringen (Helaba)

IBAN : DE59 3005 0000 0001
6835 15

BIC: WELADEDXXX

Gläubiger-ID
DE59ZZZ00000094452





Mengenschwellen wird eine Biogasanlage ab der Lagermenge von 10.000 kg zu einer Störfallanlage.

Dez. 32 - Regionalentwicklung

Aus der Sicht des Dez. 32- Regionalentwicklung bestehen keine Bedenken gegen die o.g. beabsichtigte Änderung des Flächennutzungsplanes, da die Änderung gemäß Ziel 6 Sachlicher Teilplan Energie erfolgt.

Dez. 35 - Städtebau

Es bestehen grundsätzlich keine Bedenken gegen die Planung.

Hinweis: "Es wird angeregt, die Sonderbaufläche "Biogasanlage" in ein Sondergebiet "Biogasanlage" zu ändern. Darüber hinaus sollten Aussagen gem. § 1 Abs. 6 Nr. 7 lit. j) (Planungsleitsatz zur Berücksichtigung des Störfallschutzes und darüber hinausgehender Vorsorge gegen Unfälle und Katastrophen) ergänzt werden."

Dez. 52 - Abfallwirtschaft - einschließlich anlagenbezogener Umweltschutz

Aus der Sicht des Dezernates 52 bestehen gegen den Entwurf der 80. Änderung des FNP keine Bedenken.

Die Zuständigkeit des Dezernates 52 - Abfallwirtschaft – der Bezirksregierung im vorliegenden Beteiligungsverfahren resultiert aus dem Umstand, dass die Biogasanlagen in das Abfallregime gewechselt sind. Für ein Genehmigungsverfahren nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) ist die Bezirksregierung Münster jedoch nur für Anlagen ab einer Lagermenge von 10 t Gas nach der StörfallV zuständig.

Aus Sicht des BImSchG wird auf Folgendes hingewiesen:

Die Erhöhung der im FNP und B-Plan festgeschriebenen Gaslagermenge von 9.950 kg auf nun 40.000 kg resultiert aus einer bereits im Mai 2017 geänderten Düngeverordnung. Demnach müssen Biogasanlagen, die flüssige Wirtschaftsdünger (wie z.B. Jauche, Gülle oder Gärrückstände) erzeugen, die als Düngemittel eingesetzt werden und wie im vorliegenden Fall über keine eigenen Aufbringungsflächen verfügen, ab dem 01. Januar 2020 für die anfallenden Gärreste ein Lagervolumen von mindestens 9 Monaten vorweisen.

Um diese Vorgaben einhalten zu können plant die BioEnergie Steinfurt GmbH innerhalb des räumlichen Geltungsbereiches am Standort Hollich 81a, 48565 Steinfurt ein 10.000 m³ großes Gärrestlager. Durch die Abdeckung des Behälters mit einer gasdichten Folie ergeben sich für das



Biogas zusätzliche Lagerkapazitäten von 17.000 kg. Biogasanlagen, in denen mindestens 10.000 kg und weniger als 50.000 kg hochentzündlicher Gase vorhanden sind, unterliegen den Grundpflichten der Störfall-Verordnung (12. BImSchV).

Infolgedessen werden im weiteren Verfahren neben dem Antrag für eine wesentliche Änderung nach § 16 BImSchG, zusätzliche Genehmigungsunterlagen erforderlich.

An dieser Stelle sind neben dem unter Ziffer 3. der Begründung erwähnten Störfallkonzept, eine Störfallauswirkungsberechnung entsprechend dem KAS18-Leitfaden zur den benachbarten Hofstellen, ein Brandschutzkonzept, ein Notstromkonzept, eine Nachweisberechnung für die Umwallung der Anlage mit Havarieplan, ein Explosionsschutzdokument sowie eine systematische Gefahrenanalyse, zu nennen.

Diese Stellungnahme erstreckt sich auf die Themen Abfallwirtschaft, abfallanlagenbezogener Immissionsschutz sowie Altlasten und Bodenschutz.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

gez. Ulrike Freßmann